

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Evrim Baba (PDS)

vom 09. November 2004 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. November 2004) und **Antwort**

Rechtsextremistische Gruppierungen und Organisationen in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1.: Welche „Kameradschaften“ und sonstigen Gruppierungen/Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund sind dem Senat in Berlin bekannt, in welchen Bezirken haben diese schwerpunktmäßig ihr „Betätigungsumfeld“ und gibt es diesbezügliche Veränderungen gegenüber der in der Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126 angeführten Liste?

2.: Welche Aussagen können zur Anzahl und Mitglieder- bzw. Altersstruktur der unter 1. aufgeführten Organisationen und Gruppierungen gemacht werden?

Zu 1. und 2.: Dem Senat von Berlin sind folgende rechtsextremistischen Organisationen in Berlin bekannt:

Parlamentsorientierte Personenzusammenschlüsse:

- „Deutsche Volksunion“ (DVU) (bundesweit; 2003: ca. 480 Mitglieder)
- „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) (bundesweit; 2003: ca. 180 Mitglieder)
- „Die Republikaner“ (REP) (bundesweit; 2003: ca. 550 Mitglieder)

Aktionsorientierte Personenzusammenschlüsse:

Kameradschaftsnetzwerk:

- „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB) (überregional; 2004: ca. 30 Personen)
- „Kameradschaft Tor Berlin“ (Lichtenberg-Hohenschönhausen; 2004: ca. 15 Personen)
- „Berliner Alternative Südost“ (Treptow-Köpenick; 2004: ca. 10 - 15 Personen)

Neu hinzugekommen im Vergleich zur Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126:

- „Märkischer Heimatschutz - Sektion Berlin“ (überregional; 2004: ca. 10 Personen)

- „Berliner Nationale Jugend“ (BNJ) (keine Bindung an einen Bezirk; 2004: ca. 10 Personen)
- „Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNNO) (Pankow; 2004: ca. 10 Personen)

Nicht mehr in Erscheinung getreten im Vergleich zur Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126:

- „Kameradschaft Hohenschönhausen“ (ca. 10 Personen)
- „Kameradschaft Reinickendorf“

Musiknetzwerk und sonstige neonazistische Personenzusammenschlüsse:

- „Hammerskins“ (bundesweit; 2003: ca. 15 Personen)
- „Lichtenberg 35“ (Lichtenberg; 2003: ca. 10 Personen)
- „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ (keine Bindung an einen Bezirk; 2003: ca. 10 Personen)
- „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) (bundesweit; 2003: ca. 45 Mitglieder)

Neu hinzugekommen im Vergleich zur Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126:

- „Kameradschaft Nordland“ (keine Bindung an einen Bezirk; 2004: 5-10 Personen)

Diskursorientierte Personenzusammenschlüsse:

- „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) (bundesweit)
- „Deutsches Kolleg“ (DK) (bundesweit)

Neu hinzugekommen im Vergleich zur Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126:

- „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bezweifelns des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) (bundesweit)

Die Anzahl der rechtsextremistischen Gruppierungen und Organisationen ist nur geringen Veränderungen unterworfen. Lediglich im Bereich des rechtsextremistischen Kameradschaftsnetzwerkes herrscht eine gewisse Fluktuation, in der alte Kameradschaften aufgrund von Inaktivität oder Abwanderung der Mitglieder aufgelöst und neue, oft kurzlebige Gruppierungen oder Kameradschaften gegründet wurden. Diese sind meist von der Initiative einzelner Aktivisten abhängig. Während im Vergleich zur Kleinen Anfrage Drs. 15/ 11 126 zwei Kameradschaften nicht mehr in Erscheinung traten, konnten drei neue Kameradschaften im Sinne der Definition der Verfassungsschutzbehörden festgestellt werden. Veränderungen sind daneben vor allem bei den Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien zu bemerken. Diese entwickelten sich auch im vergangenen Jahr rückläufig (s. Antwort zu 3.). Im diskursorientierten Rechtsextremismus geht der im Jahr 2003 gegründete, bundesweit aktive „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bezweifelns des Holocausts Verfolgten“ auf die Initiative eines einzelnen Rechtsextremisten zurück (Horst MAHLER), der - ebenso wie der Großteil der übrigen Mitglieder - zuvor in einem anderen rechtsextremistischen Beobachtungsobjekt, dem „Deutschen Kolleg“, tätig war.

Die Altersstruktur ist in den rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen unterschiedlich: Personen des diskursorientierten und des parlamentsorientierten Rechtsextremismus, vor allem der DVU und der REP, sind im Durchschnitt älter als diejenigen des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Kameradschaftsmitglieder sind schwerpunktmäßig zwischen 21 und 24 Jahren alt, während Mitglieder rechtsextremistischer Parteien im Schnitt 45 Jahre und Mitglieder diskursorientierter rechtsextremistischer Gruppierungen im Schnitt 40 Jahre alt sind.

Der Anteil der weiblichen Rechtsextremisten differiert in den unterschiedlichen Risikofeldern kaum. Im parlamentsorientierten und im diskursorientierten Rechtsextremismus sind 17 % der Personen weiblich und 83 % männlich, im aktionsorientierten sind 14 % weiblich und 86 % männlich.

Angaben zur Sozialstruktur der rechtsextremistischen Personenzusammenschlüsse sind nicht möglich.

3.: Wie bewertet der Senat die Mitgliederentwicklung in den entsprechenden „Kameradschaften“ und sonstigen Gruppierungen/Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund im Vergleich zum Vorjahr?

Zu 3.: Für das Jahr 2004 zeichnet sich ein annähernd gleich bleibendes rechtsextremistisches Gesamt-Personenpotenzial ab. Allerdings sind innerhalb der rechtsextremistischen Risikofelder Verschiebungen absehbar. Der Mitgliederrückgang in den rechtsextremistischen Parteien setzte sich auch in diesem Jahr fort. Verantwortlich hierfür dürften eine überalterte Mitgliederstruktur v.a. bei DVU und REP und eine mangelnde Dynamik in den jeweiligen Landesverbänden, die wenig attraktiv scheint für neue Mitglieder, sein. Ein Anstieg zeichnet sich bei den aktionsorientierten Rechtsextremisten im Bereich der Neonazis ab. Der Grund hierfür ist die Fortsetzung der bereits im Vorjahr begonnenen Zunahme der Aktivitäten in der Berliner Kameradschaftsszene in diesem Jahr. Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten dürfte dagegen ebenso unverändert sein wie die Zahl der Mitglieder diskursorientierter Personenzusammenschlüsse.

4.: Wie ist die Verteilung der Wohnsitze und der Trefforte Berliner Rechtsextremisten auf die einzelnen Berliner Bezirke und gibt es hierbei Schwerpunktverlagerungen?

5.: Wie ist das den Sicherheitsbehörden bekannte rechtsextremistische Personenpotenzial insgesamt in Berlin verteilt (bitte nach Bezirken auflisten)?

Zu 4. und 5.: Weder bei den Wohn- noch bei den Trefforten Berliner Rechtsextremisten ist im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Verschiebung der Schwerpunkte zu verzeichnen.

Bezirk	bekannte Wohnsitze 2003 (%)	bekannte Wohnsitze 2004 (%)		bekannte Treffpunkte 2003 (%)	bekannte Treffpunkte 2004 (%)
Charlottenburg-Wilmersdorf	3,09	3,44		2,63	6,38
Friedrichshain-Kreuzberg	4,86	5,31		7,89	9,93
Lichtenberg	15,47	16,55		18,42	24,11
Marzahn-Hellersdorf	15,84	13,77		4,38	4,96
Mitte	5,89	5,68		14,91	10,64
Neukölln	6,63	6,82		4,38	2,13
Pankow	16,94	18,24		26,31	19,86
Reinickendorf	5,01	5,07		2,63	2,13
Spandau	4,93	4,53		2,63	2,84
Steglitz-Zehlendorf	3,16	3,20		0	0
Tempelhof-Schöneberg	4,27	3,80		3,50	4,96
Treptow-Köpenick	13,85	13,59		12,28	11,35

6.: Inwieweit sieht der Senat in den neuen Kooperations- bzw. Abstimmungstendenzen unter den rechtsextremistischen Parteien und den „Kameradschaften“ eine neue Qualität der „Bündnispolitik“ rechtsextremistischer Organisationen?

Zu 6.: Sowohl NPD als auch „Freie Nationalisten“ verkünden, eine „Volksfront von rechts“ schaffen zu wollen. Strategisches Ziel der Rechtsextremisten ist laut eigenen Erklärungen die Herstellung einer „Gesamtbewegung“, innerhalb derer NPD und „Freie Kräfte“ in einer Art „Arbeitsteilung“ verschiedene Strategien zur Machterringung ausüben. Die NPD wird dabei als der „parlamentarische Arm“ des „Nationalen Widerstandes“ angesehen. Eine derartige Zusammenarbeit der NPD mit Neonazis fand bereits des öfteren statt. Sie war jedoch meist regional und/oder zeitlich begrenzt, während längerfristig angelegte Kooperationen meist scheiterten.

Der Parteieintritt führender Neonazis im September 2004 kann als die Wiederaufnahme der im Zuge des Verbotsverfahrens aufgegebenen Strategie einer Zusammenarbeit zwischen Partei und „Freien Kräften“ gesehen werden. Allerdings wird - anders als vor dem Verbotverfahren - nicht mehr die Masse der aktionsorientierten Rechtsextremisten zum Eintritt in die Partei aufgefordert. In die Partei eintreten sollen derzeit v.a. die führenden Aktivisten, die als „Brückenkopf“ die Zusammenarbeit mit den weiteren „Freien Nationalisten“ organisieren und sicherstellen sollen.

Die NPD setzte bereits seit dem Antritt Udo VOIGTs als Parteivorsitzender 1996 verstärkt auf das sog. Dreisäulenkonzept, in dem neben dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Parlamente“ der „Kampf um die Straße“ eine „Säule“ darstellte. Mit dem Kampf um die Straße ging das Bestreben einher, den Schulterschluss mit unorganisierten Neonazis und Kameradschaftsmitglieder zu suchen und diese einzubinden. Diese Strategie führte zu einer auch ideologischen Annäherung an die Neonazis und einer Öffnung der NPD für aktionsorientierte Rechtsextremisten. Diese Radikalisierung war eines der Argumente gewesen, auf das sich die Verbotsanträge von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gegen die NPD stützten. Während des Verbotverfahrens distanzierte sich die NPD zunehmend von den „Freien Kräften“, was der Partei von diesen als „Verrat“ ausgelegt wurde.

Das Zusammengehen mit der DVU erscheint angesichts der ideologischen und „habituellen“ Unterschiede der beiden Parteien zunächst überraschend. Die DVU sieht sich selbst meist als auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, während die NPD an ihren „revolutionären“ Absichten, das „System BRD abzuwickeln“, keinen Zweifel aufkommen lässt. Dementsprechend war der Vorsitzende der DVU bislang auch stets um gesellschaftliche Anerkennung bemüht, während Funktionäre der NPD ihren gesellschaftlichen Außenseiterstatus hervorhoben. Allerdings verfügen weder NPD noch DVU über die notwendigen tragfähigen Strukturen und fähiges Personal im gesamten Bundesgebiet. Die Absprachen beziehen sich jedoch allein auf wahltaktische Fragen und sind nicht durch ausreichend inhaltliche Übereinstimmung unter-

mauert. Nach lediglich einer gelungenen Wahlabsprache kann die Dauerhaftigkeit des Bündnisses nicht abschließend beurteilt werden.

7.: Welche Auswirkungen auf die rechtsextremistischen Strukturen in Berlin-Brandenburg und deren Aktionsfelder bzw. -kreise sieht der Senat im gemeinsamen Vorgehen von NPD, DVU und „Kameradschaften“ zur Bundestagswahl 2006?

Zu 7.: Für die Bundestagswahl 2006 haben NPD und DVU vereinbart, mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Ein derartiges Zusammengehen oder eine Kooperation der beiden rechtsextremistischen Parteien ist auf Landesebene in Berlin bislang nicht zu beobachten.

Die Kooperation der Kameradschaften mit der NPD beschränken sich auf Landesebene in Berlin auf einzelne persönliche Bekanntschaften, eine strukturelle Zusammenarbeit ist bisher nicht festzustellen. Auf dem NPD-Bundesparteitag Ende Oktober wurden zwei Berliner in den Bundesvorstand gewählt, die eher dem Bereich des aktionsorientierten Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Im Oktober soll zudem ein führender Neonazi aus dem Bereich des rechtsextremistischen Musiknetzwerkes in Berlin, der ehemalige Sänger und Kopf der Band „Landsers“, in die NPD eingetreten sein. Es konnte nicht festgestellt werden, dass dem Parteieintritt dieses prominenten Rechtsextremisten weitere aktionsorientierte Rechtsextremisten gefolgt wären.

Eine abschließende Bewertung eventueller Auswirkungen auf rechtsextremistische Strukturen in Berlin kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vorgenommen werden.

Berlin, den 07. Dezember 2004

Dr. Ehrhart Körting
Senator für Inneres

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Januar 2005)